

Dr. Hans Jörg Schelling
Bundesminister für Finanzen



Frau Präsidentin
des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 26. August 2016
GZ. BMF-310205/0190-I/4/2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

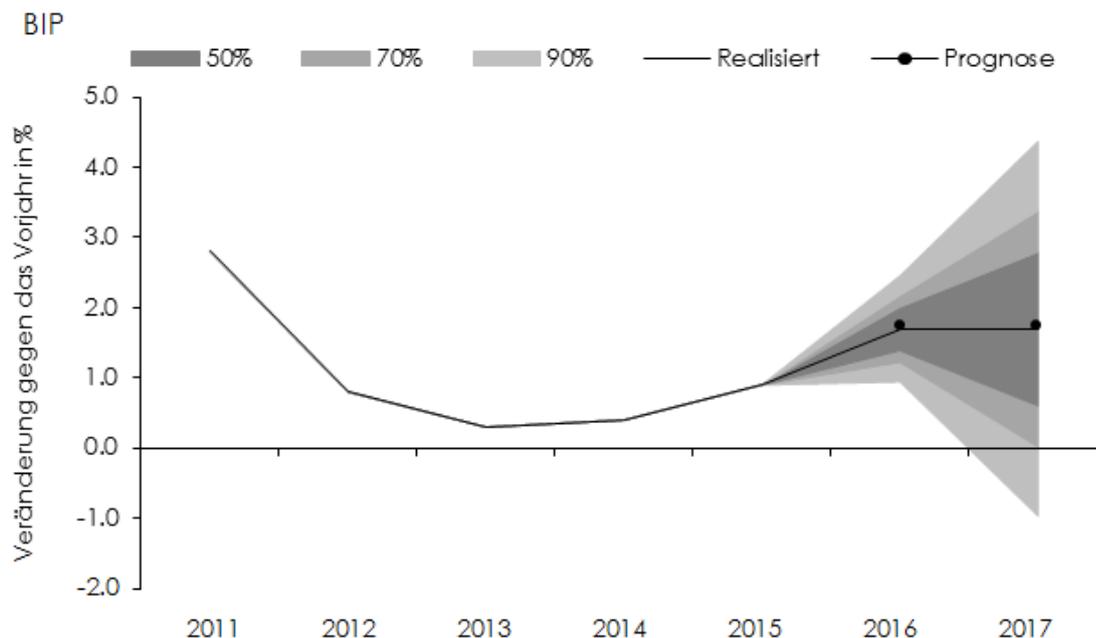
Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 9690/J vom 28. Juni 2016 der Abgeordneten Mag. Roman Haider, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Es ist nicht ungewöhnlich, dass verschiedene Institutionen zu unterschiedlichen Prognoseergebnissen kommen, wobei sich gerade für das erste Jahr der Wirtschaftsprognose die meisten Unterschiede in der Regel aus dem unterschiedlichen Datum der Erstellung der Prognosen ergeben: so lag bei der Erstellung der Prognosen des IWF und der OECD noch keine erhärtete BIP-Schätzung für das I. Quartal 2016 vor, welches sich in Folge besser als erwartet erwies und in der späteren WIFO-Prognose erstmals berücksichtigt werden konnte. Darüber hinaus ergeben sich Differenzen auch aus unterschiedlichen Annahmen über Faktoren wie die Entwicklung der Weltwirtschaft, des effektiven Wechselkurses, der Entwicklung von Migrationsströmen oder hier speziell der Gegenfinanzierung der letzten Steuerreform (s.u.). Überdies ist zu beachten, dass ein Prognoseunterschied von einem halben Prozentpunkt – für das laufende Jahr und ca. ein halbes Jahr vor dessen Ablauf geschätzt – klar im Rahmen der üblichen Prognoseunschärfe liegt; so hat das WIFO bei seiner Prognose aus Juni 2016 angegeben, dass das Wirtschaftswachstum des Jahres 2016 nur mit einer Sicherheit von 50 % im Intervall von 1,7 % \pm ca. 0,4 Prozentpunkte zum

Liegen kommen würde (s. nachfolgende Graphik), das heißt gemäß WIFO-Prognose bestand zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung Ende Juni 2016 eine 50 %-ige Wahrscheinlichkeit, dass das Wirtschaftswachstum des laufenden Jahres 2016 final entweder unter 1,3 % oder über 2,1 % betragen würde, wobei die Wachstumsrate von 1,7 % die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit hatte. Zuletzt sei noch festgehalten, dass die Europäische Kommission in ihrer Prognose aus Anfang Mai 2016 für das Gesamtjahr 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % prognostiziert hat (vgl. WIFO im Juni 2016: 1,7 %), wobei die Europäische Kommission eigenen Angaben zufolge von einem Wirksamwerden von nur ca. 80 % der Gegenfinanzierungsmaßnahmen zur Steuerreform ausgeht (das WIFO hingegen von 100 %).

Prognoseunsicherheit: Unsicherheitsintervalle für die WIFO-Prognose Juni 2016



Daten aus: WIFO-Konjunkturprognose, Übersicht 2, Juni 2016.

In der bereits angesprochenen Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission (Mai 2016) projiziert die Europäische Kommission für Österreich am Ende der Projektionsperiode im Jahr 2020 ein reales Potentialwachstum von 1,6 % – neben Irland und Luxemburg, bei denen sich Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationalprodukt oftmals sehr unterschiedlich zueinander entwickeln, würde gemäß dieser Schätzung von allen anderen sog. „Alten EU-

Mitgliedstaaten“ nur noch Schweden ein (um lediglich 0,1 Prozentpunkte) höheres Potentialwachstum aufweisen.

Mittelfristiges Wachstumspotential

	Potentialwachstumsrate des realen BIP (in %)															
	be	de	dk	el	es	fr	ie	it	lu	nl	at	pt	fi	se	uk	
2015	1.1	1.7	0.8	-2.1	0.0	0.8	4.0	-0.3	2.9	0.8	0.9	-0.1	0.0	2.4	1.5	
2016	1.2	1.9	0.9	-1.9	0.4	1.0	4.8	-0.2	3.2	1.0	1.2	0.3	0.0	2.8	1.6	
2017	1.4	1.6	1.0	-1.4	0.7	1.1	4.8	0.1	3.2	1.2	1.3	0.6	0.4	2.7	1.7	
2018	1.3	1.3	1.0	-1.1	0.6	1.1	4.4	0.4	3.4	1.1	1.2	0.7	0.5	2.0	1.5	
2019	1.3	1.1	1.0	-0.6	0.6	1.1	3.9	0.7	3.5	1.1	1.4	0.7	0.7	1.8	1.4	
2020	1.3	1.2	1.0	-0.5	0.7	1.1	3.8	0.8	3.5	1.0	1.6	0.8	0.7	1.7	1.5	
<i>Rang 2020</i>	<i>6</i>	<i>7</i>	<i>10</i>	<i>15</i>	<i>13</i>	<i>8</i>	<i>1</i>	<i>12</i>	<i>2</i>	<i>9</i>	<i>4</i>	<i>11</i>	<i>14</i>	<i>3</i>	<i>5</i>	

Daten aus: Output Gap Schätzung der EK vom Mai 2016, <https://circabc.europa.eu>

Zwar läge damit die mittelfristige reale Wirtschaftswachstumsrate Österreichs immer noch unter dem langjährigen Schnitt der letzten Jahrzehnte, allerdings ist dies eher ein allgemein internationaler, als ein spezifisch österreichischer Trend.

Zu 2. und 3.:

Es ist richtig, dass die OECD seit 2014 einen Index zur Messung der Einschränkung bei der Ausübung von Dienstleistungen – den *Services Trade Restrictiveness Index (STRI)* – führt, der für 18 verschiedene größere Dienstleistungskategorien das Ausmaß der Ausübungsbeschränkung durch Genehmigungen, Lizenzen, Aufnahmeprüfungen etc. misst und bei dem sich Österreich in einer Gesamtschau im restriktivsten Fünftel befindet. Die wesentlichen Ausübungsbeschränkungen im Sinne des STRI der OECD liegen nicht in Zuständigkeit des Bundesministeriums für Finanzen. Es ist aber anzumerken, dass hier je nach Abgrenzung hier von etwa 5 % bis 10 % aller Beschäftigten betroffen sind. Wenn die OECD-Analyse stimmen würde, müsste man von gleichbleibender bis schrumpfender Beschäftigung in diesen Bereichen ausgehen. Tatsächlich ist die Zahl der Beschäftigten aber steigend. Überdies ist eine Messung von Produktivität im Dienstleistungsbereich besonders schwierig. Dennoch ist die österreichische Bundesregierung bestrebt, Ausübungsbeschränkungen und -schwierigkeit weiter zurückzudrängen.

Zu 4. bis 6.:

Die höhere Inflationsrate in den letzten Jahren hat verschiedene Ursachen. Da in Österreich die Budgetkonsolidierung schon weiter fortgeschritten ist als in vielen anderen Ländern, hat der Staat auch zur Inflation beigetragen. Ein weiterer Effekt ist der Anstieg der Mietpreise, welcher unter anderem dem starken Bevölkerungswachstum und den Ausstattungsverbesserungen geschuldet ist. Der Tourismus boomt, was auch inflationstreibend ist. Die von der OECD genannten Bereiche erklären also nur einen Teil der höheren Inflationsrate.

Zu 7.:

Im Rahmen der Bestimmungen des geltenden EU-Rechts ist eine Anforderung negativ diskriminierend wirkender, besonderer Qualifikationen als Schutz vor der Erbringung durch ausländische Wirtschaftsteilnehmer aus dem Rest der EU unzulässig; da in Bezug auf Dienstleistungen aus dem gesamten Ausland hiermit der größte potentielle Mitbewerberbereich abgedeckt ist, kann dem Argument der OECD hier nicht gefolgt werden.

Zu 8.:

Es ist richtig, dass die Zahl der Teilzeitarbeitskräfte in Österreich in den letzten Jahren stark angestiegen ist. Dies erklärt sich insbesondere aus der steigenden Beschäftigungsquote weiblicher, älterer und zugeströmter ausländischer Arbeitnehmer, die vielfach Teilzeit arbeiten. Im Gegensatz zur Entwicklung in der Eurozone oder in der gesamten EU ist der Anteil der *unfreiwillig* Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Österreich auf *niedrigem* Niveau, während dieser in der Eurozone bzw. in der EU sehr stark angestiegen ist; d.h. die hohe Teilzeitquote ist mehr als in anderen Ländern Ergebnis einer freien Entscheidung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung in Österreich im Vergleich

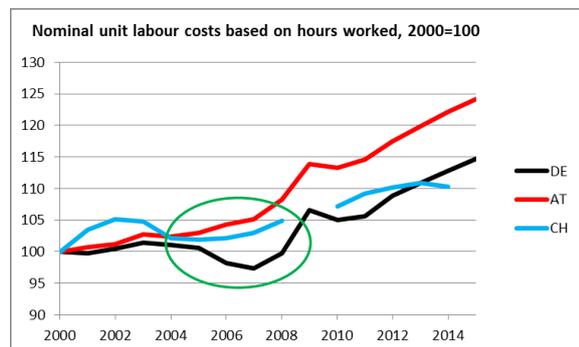
Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Teilzeitbeschäftigung, nach Geschlecht und Alter (%)								
Letzte Aktualisierung	13.07.16							
Exportierte Daten	14.07.16							
Quelle der Daten	Eurostat, [lfsa_eppgai]							
UNIT	Prozent							
	2000	2003	2005	2007	2009	2011	2013	2015
EU28	:	18.3	:	22.4	25.6	26.3	29.3	29.2
EA	19.1	18.9	:	24.4	26.8	27.7	30.9	31.4
DE	12.8	15.3	21.4	22.6	22.1	16.8	15.6	13.8
FR	27.0	29.5	30.0	31.5	33.7	33.6	39.4	43.8
AT	10.8	9.8	11.7	12.3	11.1	10.1	11.8	12.4

Daten aus: Eurostat

Zu 9. und 10.:

Der im Vergleich zu Deutschland höhere Auftrieb der nominellen Lohnstückkosten hat im Wesentlichen nur in den Jahren 2005 bis 2008 stattgefunden, in den anderen Jahren entwickelten sie sich im Gleichlauf zu Deutschland (ein Vergleich mit der Schweiz ist aufgrund unterschiedlicher Währungen hier an sich wenig aussagekräftig). Dies ist überdies dem Umstand geschuldet, dass Deutschland die Lohnnebenkosten massiv gesenkt hat und im Gegenzug den Normalsatz bei der Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 % angehoben hat.

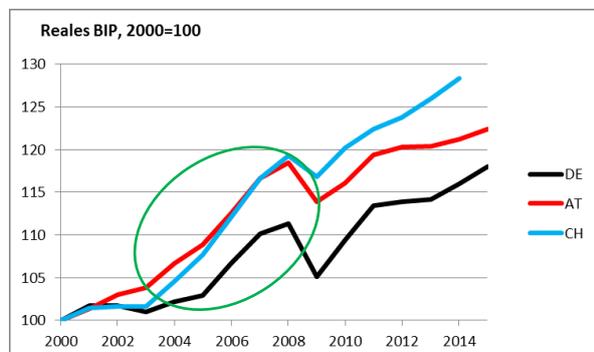
Entwicklung der nominellen Lohnstückkosten



Daten aus: Eurostat

Gleichzeitig entwickelte sich vor allem in diesen Jahren (2005 bis 2008) das österreichische reale Bruttoinlandsprodukt bedeutend dynamischer als das deutsche.

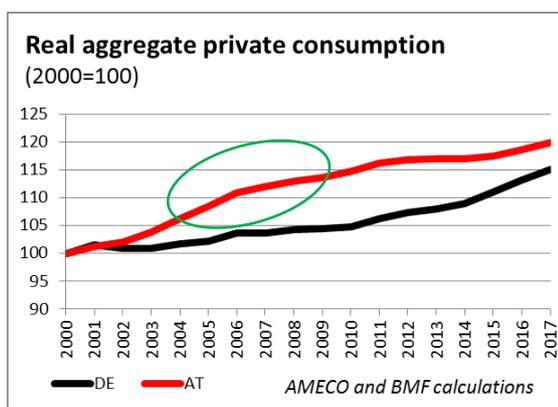
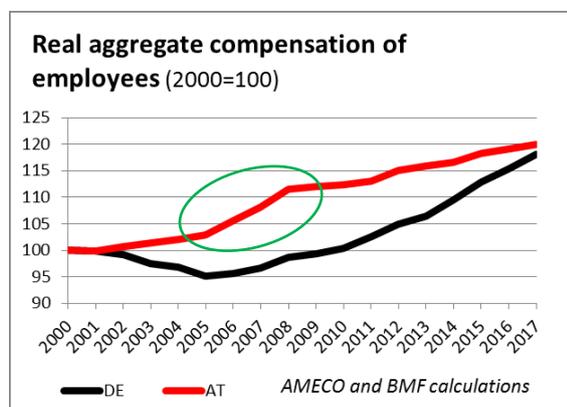
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts



Daten aus Eurostat

Das nährt den Schluss, dass Unternehmen einen Teil ihrer Gewinne an die Arbeitnehmer in der Form von Lohnerhöhungen weitergegeben haben. Ein Blick auf die dynamischere Entwicklung der aggregierten Arbeitnehmerentgelte und des aggregierten privaten Konsums bestätigen diesen Schluss.

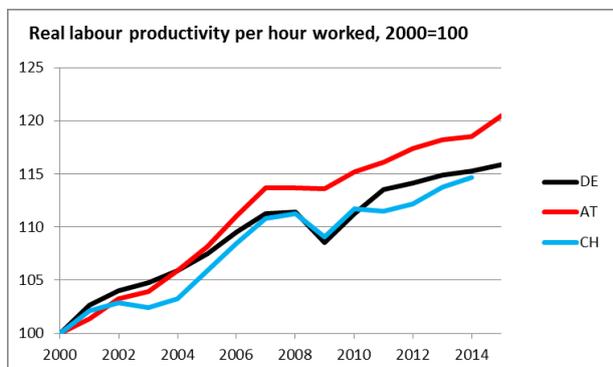
Reale Entwicklung von Arbeitnehmerentgelten und privatem Konsum



Daten aus: EK-Herbstprognose 2015 (dh. von 2000 bis 2014 unveränderte - weil historische - Daten)

Umgekehrt verbesserte sich die reale Produktivität pro Arbeitsstunde zwischen 2000 und 2015 in Österreich um 5 Prozentpunkte mehr als jeweils in Deutschland und der Schweiz.

Entwicklung der heimischen Arbeitsproduktivität im Vergleich



Daten aus: Eurostat

Der These, dass sich in Österreich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu Deutschland oder die Schweiz verschlechtert hat, kann somit nicht gefolgt werden. Selbstverständlich ist die österreichische Bundesregierung bemüht, die Wettbewerbskräfte und die Standortqualität zu erhalten und weiter zu stärken, sodass Erhöhungen der Lohnstückkosten auch weiterhin von Produktivitätsgewinnen begleitet sind. Derzeit wird z.B. auch die Gewerbeordnung wieder nach Reformmöglichkeiten durchforstet und sind Projekte in Vorbereitung, die darauf abzielen, dynamischen Unternehmen die Finanzierung von Investitionen zu erleichtern. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Offensivmaßnahmen im Budget, wie z.B. die Bereiche Forschung und Bildung, oder die Breitbandmilliarde und der Infrastrukturausbau, die mittel- und langfristig zu Produktivitätsgewinnen in der Gesamtwirtschaft führen werden und den Standort absichern helfen.

Der Bundesminister:
Dr. Schelling
(elektronisch gefertigt)

